



Antrag

der Abgeordneten **Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Bernhard Roos, Klaus Adelt SPD**

Bayern Digital – 100 Tage-Check – Folgen der Verlagerung der „Digitalisierung“ vom Wirtschaftsministerium ins Finanzministerium

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, umgehend im Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie über die Folgen der Verlagerung der Zuständigkeit für Breitbandausbau und Digitalisierung vom Wirtschaftsministerium ins Finanzministerium zu berichten.

Der Bericht muss vor allem auf folgende Fragen Antworten geben:

1. Hat sich nur die Ressortzuständigkeit geändert oder wurden auch bei den Experten personelle Veränderungen vorgenommen?
2. Wenn ja, warum sind diese erfolgt bzw. war man mit den Ergebnissen der bisher Verantwortlichen nicht zufrieden?
3. Wie wird sichergestellt, dass der aufgebaute Sachverstand nicht verloren geht?
4. Wurde der Geschäftsbereich als Abteilung personell aufgewertet und verstärkt, wenn ja, mit wie vielen Personen und welchen Aufgabengebieten?
5. Welche Effizienz- oder Synergiegewinne verspricht sich die Staatsregierung von der Verlagerung der Zuständigkeit?
6. Welche ersten Schritte für einen schnelleren Breitbandausbau wurden unternommen?
7. Sind jenseits des bayerischen Förderprogramms andere Initiativen des Freistaats geplant, um den Internetausbau zu beschleunigen, wie z.B. Glasfaserverlegung in alle öffentlichen Gebäude?
8. Welche Konsequenzen zieht die Staatsregierung aus der Tatsache, dass die Bundesregierung entgegen den Forderungen Bayerns kein direktes zusätzliches Geld für den Breitbandausbau in Deutschland zur Verfügung stellt?

Begründung:

Mit der Strategie Bayern Digital soll Bayern durch die Staatsregierung zur Leitregion für den digitalen Aufbruch gemacht werden.

Die Verlagerung eines kompetenten Schlüsselreferats in ein anderes Ministerium und seine mögliche Ausweitung und Aufwertung stellen eine große Herausforderung dar, bedeuten massiven Qualifizierungsbedarf von Fachbeamten und sollten deshalb eine gute inhaltliche Begründung haben. Dies reicht aber sicher nicht für eine erfolgreiche Umsetzung der Strategie und ist bisher aus der reinen Umorganisation nicht erkennbar.